

# URGENT ACTION

# MILITÄR VON PROTESTEN

# ABZIEHEN!

## USA

UA-Nr: UA-061/2025 AI-Index: AMR 51/9499/2025 Datum: 13. Juni 2025 – ar

### PROTESTIERENDE IN DEN USA

Am 8. Juni 2025 entsandte US-Präsident Trump 2.000 Angehörige der Nationalgarde in das kalifornische Los Angeles, nachdem dort in den Tagen zuvor zahlreiche Menschen gegen Razzien der Einwanderungsbehörde demonstriert hatten. Dies geschah gegen den Willen des kalifornischen Gouverneurs, der normalerweise die Kontrolle über den Einsatz von Truppen in seinem Bundesstaat hat, und verstieß gegen ein Gesetz, das eine entsprechende Zustimmung des Gouverneurs vorschreibt. Am 9. Juni wurden weitere 2.000 Einsatzkräfte entsandt und etwa 700 Marinesoldat\*innen in Einsatzbereitschaft versetzt. Diese einseitigen und möglicherweise gesetzwidrigen Maßnahmen seitens des Präsidenten müssen umgehend rückgängig gemacht werden.

Am 6. und 7. Juni 2025 gingen in Los Angeles und Paramount im US-Bundesstaat Kalifornien zahlreiche Menschen gegen groß angelegte und militarisierte Razzien der Einwanderungs- und Zollbehörde ICE auf die Straße. ICE-Angehörige reagierten aggressiv auf diese Proteste und setzten unter anderem Gummigeschosse und Tränengas gegen friedliche Protestierende ein. Am Abend des 7. Juni warfen einige Demonstrierende Steine und andere Gegenstände auf Angehörige der ICE, woraufhin Präsident Trump ankündigte, 2.000 Truppen der US-Nationalgarde entsenden zu wollen, um die Proteste zu unterdrücken.

Es ist das erste Mal seit 1965, dass ein Präsident die Nationalgarde eines Bundesstaats ohne Einwilligung des\*r jeweiligen Gouverneur\*in aktiviert hat. Zuletzt hatte Präsident Lyndon B. Johnson 1965 gegen den Willen eines Gouverneurs die Nationalgarde aktiviert, um Bürgerrechtsaktivist\*innen in Alabama zu schützen; die Trump-Regierung hingegen setzt das Militär ein, um Demonstrierende zu unterdrücken. Eine Gruppe von 22 demokratischen Gouverneur\*innen hat eine Erklärung abgegeben, in der sie das Vorgehen von Präsident Trump als „Machtmissbrauch“ bezeichnet und geltend macht, dass seine Maßnahmen gegen das bundesweit geltende Gesetz verstoßen, mit dem sie gerechtfertigt werden.

Am 9. Juni entsandte der Präsident weitere 2.000 Angehörige der kalifornischen Nationalgarde in das Gebiet der Proteste und versetzte etwa 700 Marinesoldat\*innen nahe Los Angeles in Einsatzbereitschaft. Der Einsatz der Marinesoldat\*innen verstößt möglicherweise gegen den Posse Comitatus Act, ein Bundesgesetz, das den Einsatz des Militärs zur Ausübung von Polizeiaufgaben mit wenigen Ausnahmen verbietet. Ebenfalls am 9. Juni strengten der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom und der Staat Kalifornien eine Klage gegen die Trump-Regierung an, um den Einsatz von Angehörigen der Marines und der kalifornischen Nationalgarde zur Ausübung von Polizeiaufgaben in dem Bundesstaat zu verhindern; hierzu zählt auch der Einsatz dieser Soldat\*innen, um Angehörigen der Bundesbehörden bei der Durchsetzung von Einwanderungsbestimmungen zu helfen.

Das Memo, mit dem Präsident Trump diese Maßnahmen rechtfertigt, entspricht möglicherweise nicht geltendem Recht. So werden falsche Angaben über die Lage vor Ort gemacht und das Gesetz missbraucht, um die Nationalgarde zu entsenden. Das Memo ist außerdem so weit gefasst, dass es überall dort eingesetzt werden könnte, wo es zu Protesten kommt – insbesondere als Reaktion auf gewaltsame und aggressive Razzien durch Angehörige der ICE oder anderer Bundesbehörden an Arbeitsplätzen, in Gerichtsgebäuden oder in Wohnvierteln. Tatsächlich hat Präsident Trump angekündigt, dass es landesweit zu weiteren Razzien kommen wird, und gemahnt, dass weitere Proteste mit „derselben oder größerer Gewaltanwendung“ beantwortet würden.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 . BIC: BFS WDE 33XXX .

**AMNESTY**  
**INTERNATIONAL**



wie die in Los Angeles. Behördenmitarbeiter\*innen, die entsprechende Razzien vornehmen, werden schon jetzt durch das Militär unterstützt.

Während der Einsatz der Nationalgarde vor allem dem Schutz einer Bundesbehörde in der Innenstadt von Los Angeles diene, verfügen die Angehörigen der Nationalgarde weder über die Erfahrung noch über die Ausbildung, um Polizeiaufgaben, z.B. bei Protesten, zu übernehmen. Die landesweiten Proteste im Jahr 2020 haben gezeigt, dass solche Situationen schnell eskalieren und zur Verletzung der Menschenrechte von Demonstrierenden führen können.

Eine Regierung, die transparent ist und zur Rechenschaft gezogen werden kann, ist das Fundament der Rechtsstaatlichkeit. Das willkürliche und rechtswidrige Vorgehen von Präsident Trump – der Einsatz des Militärs zur Unterdrückung friedlicher Proteste – untergräbt die Rechtsstaatlichkeit und die Wirksamkeit der Regierung. Diese Elemente sind jedoch für die Wahrung und den Schutz der Menschenrechte sowie für die Einhaltung der Gesetze der USA unerlässlich.

#### **HINTERGRUNDINFORMATIONEN (AUF ENGLISCH)**

Governors largely control the deployment of National Guard troops in their states. However, the memo issued by President Trump cites 10 U.S.C. 12406, which, in part allows the federal deployment of National Guard forces if “there is a rebellion or danger of a rebellion against the authority of the Government of the United States.” It also states that the president may call into federal service “members and units of the National Guard of any State in such numbers as he considers necessary to repel the invasion, suppress the rebellion, or execute those laws.” The incidents that have occurred fail to meet this threshold. Trump’s directive states, “To the extent that protests or acts of violence directly inhibit the execution of the laws, they constitute a form of rebellion against the authority of the Government of the United States.” Trump’s directive authorized the Secretary of Defense to “employ any other members of the regular Armed Forces as necessary to augment and support the protection of Federal functions and property in any number determined appropriate in his discretion.” On 9 June, following the fourth night of protests, the President ordered an additional 2000 California National Guard to deploy to the area and 700 US Marines were placed on “high alert” to be stationed near the Los Angeles to deploy if needed. The deployment of the Marines may risk violation of the Posse Comitatus Act, a federal law that generally prohibits the use of the military for domestic law enforcement purposes, with limited exceptions.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

##### **FAXE, LUFTPOSTBRIEFE ODER E-MAILS MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Ich appelliere an Sie als Stabschefin des Weißen Hauses, Präsident Trump zur Aufhebung des Memos zu bewegen, mit dem er die Entsendung der Nationalgarde und anderer Militärkräfte nach Kalifornien angeordnet hat. Polizeiaufgaben dürfen nicht Sache des Militärs sein.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

#### **APPELLE AN**

##### **STABSCHEFIN DES WEISSEN HAUSES**

Ms. Susan Wiles  
Chief of Staff, The White House  
1600 Pennsylvania Ave  
N.W. Washington, D.C. 20500, USA  
(Anrede: Dear Susie Wiles / Sehr geehrte Frau Wiles)  
**E-Mail: [susan.s.wiles2@who.eop.gov](mailto:susan.s.wiles2@who.eop.gov)**

#### **KOPIEN AN**

##### **BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Herrn Alan D. Meltzer, Geschäftsträger a.i.  
Clayallee 170  
14195 Berlin  
**Fax: 030-83 05 10 50**  
**E-Mail: [BerlinPCO@state.gov](mailto:BerlinPCO@state.gov)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **12. September 2025** keine Appelle mehr zu verschicken.

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- I am calling on you in your role as Chief of Staff to encourage the President to rescind the Presidential memo authorizing the deployment of national guard and other military assets, as the military should have no role in law enforcement activities.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## **HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG (AUF ENGLISCH)**

The memo is not location specific, authorizes protection of Immigration and Customs Enforcement (ICE) operations anywhere in the country where protests are occurring and pre-emptively authorizes the military to be deployed against anticipated, future protests. It says that troops can be sent to “locations where protest against functions are occurring, or are likely to occur based on current threat assessments and planned operations” regardless if there is any kind of violence. Importantly, in recent months, immigration raids have become increasingly militarized and led by masked immigration agents, often in unmarked uniforms and with unmarked vehicles, weapons, and acting without warrants. On 8 June, President Trump signalled that this was just the beginning of a much wider deployment, “We’re gonna have troops everywhere,” he said. Two days later, he stated that additional immigration raids will take place across the country and that any protests that occur will be met with “equal or greater force.” There are also nationwide protests planned on 14 June 2025 in opposition to a military parade that is taking place in Washington DC on that day to commemorate the 250th anniversary of the US army, as well as the president’s 79th birthday. On 10 June, Trump threatened anyone protesting the 14 June military parade, stating, “People that want to protest will be met with big force ...This is people that hate our country. They will be met with heavy force.”

President Trump suggested deploying military forces in the same manner during his first term to suppress outbreaks of violence during the nationwide protests over the police murder of George Floyd in Minneapolis. In 2020, military helicopters were used to disperse peaceful protesters demonstrating against police violence near the White House in Washington, DC. Amnesty International documented widespread violations in the use of force by federal law enforcement agents during the protests. Military forces are generally not suitable for carrying out law enforcement tasks and should not be deployed to conduct law enforcement duties unless under exceptional and temporary circumstances, based on a clear needs assessment as to their added value in a concrete situation. In such a deployment, they are bound by the legal framework applicable to law enforcement, including international and domestic human rights law, and may carry out law enforcement functions only if they are properly instructed, equipped and trained to do so in a lawful, human rights compliant manner. They should be subject to civilian command, control and oversight at all times. Amnesty International is concerned about the use of military personnel in any such circumstance unless their deployment is to serve such a specific legitimate objective. Military personnel do not have any experience, training or equipment in crowd control manoeuvres and the policing of protests.

